

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschäßch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Postgebühren. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkassentkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig.**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Anzeigenpreis: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Wfg., bei Wapportchrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Wfg. Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellameiseile 2 Wfg. Inserate u. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Wfg. bei Wapportchr. 50 Wfg. Kellameiseile 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Wahlstrategie der Gegner

Das Ende des Bürgerblocks

Wahltermin 13. Mai?

Berlin, 15. Februar.

Der Bürgerblock ist tot. Er war die Klassenvertretung der deutschen Großbourgeoisie. Er ist gescheitert an der Wahlstrategie der Volkspartei, in der die Interessen des Industriekapitals am stärksten vertreten sind. Herr Dr. Scholz, der Fraktionsführer der Streikernpartei, hatte mit seinen Reden, die er 1926 in Insterburg und Königsberg vom Stapel ließ, dem Bürgerblock die Fronten abgesteckt, und Herr Scholz sang auch dem Bürgerblock sein Totenlied.

In seinen Wirtschaftsorganisationen ist das Kapital zu einheitlichem Handeln zusammengeschlossen, aber der wirtschaftliche Block des Finanzkapitals vermochte politisch die Parteien des Bürgertums nicht zusammenzuhalten. Er scheiterte an einer Frage der Kulturpolitik, und mit ihrem notdürftig aufpolierten nationalliberalen Kulturfirmenschild versuchen die Volksparteiler die Massen der Wähler einzufangen. Durch den Zerfall des Bürgerblocks treten die schulpolitischen Gesichtspunkte bei den Wahlen in den Vordergrund. Weiße Schichten der proletarischen Wählerkreise, vor allem aber der Mittelschichten, werden dadurch von dem eigentlichen sozialen Kern des Kampfes abgelenkt, und insofern haben sich Zentrum und Volkspartei gegenseitig geschickt in die Hände gespielt. Es ist daher eine der Hauptaufgaben, die der Sozialdemokratie erwachsen dürften, die sozialen Quellen des Elends und der Not um so entschiedener aufzudecken.

Zweifellos befindet sich die Volkspartei in einer nicht unangünstigen Situation. Sie hat sich aus der Umklammerung losgerissen, in die sie im Bürgerblock unter dem Zwang der Verhältnisse gekommen war. Charakteristisch aber ist das Verhalten der Zentrumspartei. Als im März 1927 das Arbeitszeitgesetz zur Verabschiedung kam, da trat ausgerechnet Herr Stegerwald, der christliche Gewerkschaftsführer, auf die Tribüne des Parlaments und schilberte in beweglichen Worten, daß die wenigen Konzeptionen, die die Vertretung des Großkapitals, die Volkspartei, zugestanden habe, alles sei, was in langen Verhandlungen vermocht herausgeholt zu werden. Damals war es die Sozialdemokratie, die auf die unhaltbaren Ergebnisse verwies, mit denen sich die christlichen Gewerkschaftsführer zu begnügen strebten.

Das Arbeitszeitproblem ist die wichtigste Kulturfrage für das Proletariat, und kein Zentrumsmann gedachte auch nur, in Hinsicht auf die Erledigung dieses Gesetzes, an die Volkspartei die Kabinettsfrage zu stellen. Damals begnügte man sich mit den wenigen Brocken, die Herrn Stegerwald gewährt worden waren. Am der Verfinsternung der Schulen aber, im Kampfe um die Vernebelung der Köpfe der Jugend, da kommt das Kapital in Gefahr. Da besteht das Zentrum auf dem Scheine der Richtlinien des Bürgerblocks, weil man gleichzeitig auch glaubt, auf diesem Wege den sozialen Gärungsprozess unter den katholischen Arbeitern abzudämmen, um so mit verfälschter Rechnung Geschäfte zu machen. Darin kennzeichnet sich der „soziale“ Charakter der Zentrumspartei, von dem in ihren Resolutionen so reichlich geschrieben wird.

Damit enthüllt sich gleichzeitig auch das eigentliche Wesen des Zentrums. Die Einseitigkeit der kapitalistischen Interessen im Klassenkampfe des Proletariats besteht fort. Der Streit um die Beherrschung der Schule führt nur zum Kampfe mit verteilten Rollen.

In der kurzen interfraktionellen Sitzung am Mittwochvormittag blieb nur noch übrig, das Ende des Bürgerblocks auch offiziell festzustellen, nachdem alle Kompromißvorschläge, trotz des Bierabends bei Hindenburg, gescheitert waren. Damit trat die entscheidende Frage in den Vordergrund: Der Wahltermin. Hindenburg hatte in seinem Briefe das Arbeitspensum scharf umrissen, das der Reichstag vor den Wahlen noch erledigen soll. Im Grunde waren die Blockparteien mit diesen Vorschlägen durchaus einverstanden. Nur das Zentrum blieb bei dem Vorbehalt, daß das Schulgesetz unbedingt erledigt werde. Die Deutschnationalen hofften dabei, die Wahlen bis zum Herbst hinauszuschieben, um bis zum äußersten Termin an der Herrschaft zu verbleiben, und um die bevorstehende Wahlniederlage möglichst lange Zeit hinauszuschieben.

Nachdem aber diese Absichten gescheitert waren, traten sie, wie schon angedeutet, für die sofortige Auflösung des Reichstages ein. Der Etat sollte durch eine Notlösung verabschiedet werden, während die Mehrheit der Parteien eine ordnungsgemäße Verabschiedung bei kontingentierter Redezeit als das zweckmäßigste erachteten.

Darum gingen die Verhandlungen, die im Anschluß an die kurze interfraktionelle Sitzung geführt worden sind. Die Auflösung stand durch den Zerfall der Koalition positiv fest, und

nun ist Ende März als der äußerste Termin für die Auflösung des Reichstages vorgesehen. Die Wahlen werden für Sonntag, den 13. Mai, geplant. Dies alles für den Fall, daß sich bis zum Ablauf des März keine weitere Panne mehr ergeben wird. Und dazu dürften sich mancherlei Möglichkeiten bieten, denn der Bürgerblock wurde in aller Form aufgelöst, aber die Trümmer des Blockes regieren fort. Die Deutschnationalen hatten sich während der letzten Wochen so artig und folgsam eingereiht, daß mit einigen Seitensprünge sicher zu rechnen ist. Allerdings wird ihr Betätigungsvorhang etwas gehemmt, da sie die geplanten landwirtschaftlichen Kredite nicht gefährden dürfen. Diese werden in einem Nachtragset für 1928 dem Reichstage vorgelegt, und damit werden die Unentwegten einigermaßen im Zaume gehalten.

Jedenfalls ist nunmehr freie Bahn. Der Bürgerblock ist tot. Damit ist auch der Reichstag dem Ende nahe. Die Abrechnung der Wähler steht bevor. In Kampfbereitschaft! Das ist die Losung.

Die Sozialdemokratie soll mithelfen

Amtlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vizeministers Herzog mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen und

der Bayerischen Volkspartei abgehaltenen Besprechung wurde die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt.

Es herrschte völlige Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Durchführung eines Arbeitsprogramms, das den Haushalt für 1928, den Nachtragset für 1927 und wichtige damit im Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstand haben soll. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden. Die Reichsregierung nimmt wegen der geschäftlichen Verhandlung auch mit den übrigen Parteien alsbald Fühlung.

SPD Im Laufe des Mittwochabends hat die Reichsregierung entsprechend dem Wunsche der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und den Demokraten wegen der Aufstellung eines Arbeitsprogramms Fühlung genommen. Beide Parteien haben sich bereit erklärt, einem solchen Arbeitsprogramm zuzustimmen. Die Reichsregierung wird nun ein Arbeitsprogramm aufstellen, über das sie am Freitag die endgültige Entscheidung der Parteien erwartet.

Die Wahlen in Preußen

Wie der Soz. Pressedienst mitteilt, werden die preussischen Wahlen im Mai mit den Reichstagswahlen stattfinden. Zwischen den preussischen Koalitionsparteien ist bereits eine entsprechende Übereinstimmung erzielt worden.

Der Bürgerblock schückt die Betrüger

Auch in Frankreich!

SPD Paris, 15. Februar.

Die französische Sozialistische Partei führt seit Jahren einen schweren Kampf gegen die Betrügereien, die bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete begangen wurden. Der Abgeordnete Inghels hatte schon 1924 in der Kammer nachgewiesen, daß der französische Staat durch Zuerkennung von ungerichteten Schadenersatzsummen um Milliarden geschädigt worden ist und eine Nachprüfung der schwindelhaften Verfahren gefordert. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen hat selbst die Regierung des Bloc-national der öffentlichen Meinung weichen müssen. Knapp vor den Wahlen des Jahres 1924 kam ein Gesetz über die Revision jener

Kriegsschadenverfahren, in denen mehr als 500 000 Franken Schadenersatz zuerkannt worden waren, zustande. Schon in den ersten Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden nicht weniger als 2251 Strafersuchen eingeleitet. Davon sind bisher 422 erledigt worden, wodurch dem französischen Staat 101 Millionen Franken zurückerstattet wurden.

Am Mittwoch hat nun die französische Regierung versucht, das Gesetz durch eine eben in der Kammer zur Verhandlung stehende Novelle derart abzuschwächen, daß es jeden praktischen Wert verlieren würde. Für die sozialistische Fraktion protestierte Abg. Udry gegen den Versuch, die Betrügereien zu vertuschen und ihre Nutznießer ungeschoren zu lassen. Der sozialistische Abg. Lafont wies auf einen Fall hin, in dem ein Schaden von 900 000 Franken mit 10 Millionen Franken vergütet worden ist. Nichtsdestoweniger wurden alle Anträge auf Rückverweisung des Revisionsentwurfs an die Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Parteien des Nationalen Blocks wolle den Kriegsschadenkandal aus wahlpolitischen Gründen endgültig niederschlagen.

Hindenburg hat befohlen!



Gemeinsames Spiel zur Täuschung der Wähler

Asquith gestorben

11 Berlin, 15. Februar.

Wie hier verlautet, ist der frühere englische Ministerpräsident Lord Oxford and Asquith heute um 8 Uhr gestorben.

Eine L.A.-Meldung aus London besagt: Ueber den Tod Lord Oxford und Asquith meldet der amtliche englische Funkspruch, daß das Ableben des greisen englischen Staatsmannes heute morgen um 10 Minuten vor 7 Uhr auf seinem Wohnsitz in Berkshire erfolgte. Alle Mitglieder seiner Familie waren bei seinem Tode anwesend.

Der Verstorbene wurde bereits im Jahre 1886 mit 34 Jahren zum Abgeordneten des Unterhauses gewählt. Im Jahre 1890 wurde er zum erstenmal Mitglied einer liberalen Regierung. Seitdem gehörte er fast jedem liberalen Kabinett an, 1902 bis 1905 als Schatzkanzler und endlich 1908 als Ministerpräsident. Aber schon zu dieser Zeit war der Stern des Liberalismus bereits im Sinken, während die Sonne der Arbeiterpartei immer schneller und gewaltiger aufstieg. Nur mit Hilfe der irischen Stimmen konnte die spätere Regierung Asquith leben. Anfang 1916 mußte Asquith nach achtjähriger Präsidentschaft zurücktreten, um Lloyd George Platz zu machen. Der ein Koalitionskabinett mit den Konservativen bildete, an dessen Spitze er bis zum Sommer 1922 blieb. Seitdem ist Asquith nicht mehr Minister gewesen. Sein berechtigter Groll gegen Lloyd George führte sogar zu einer jahrelangen Spaltung zwischen den „echten“ Liberalen, deren Führer er war, und den Koalitionliberalen unter der Leitung von Lloyd George. Erst kurz vor den Wahlen vom Dezember 1923 wurde zwischen den beiden Rivalen Burgfrieden geschlossen.